

# Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 25. Mai 2009

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel  
Stadträtin Schwarz  
Stadträtin Zethner  
Stadtrat Feyh  
Stadtrat Gernhart  
Stadtrat Hofmann  
Stadtrat Oettinger  
Stadtrat Siebentritt (für SR J.M. Scherf)  
Stadtrat Wetzel  
VOAR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich und dauerte von 19.00 Uhr bis 20.50 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

---

## 1. Offene Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Mit Schreiben vom 21.10.2008 hatte die SPD-Stadtratsfraktion beantragt, ein Konzept für die Einführung einer Offenen Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit zu erstellen. Dieser Antrag wurde zunächst in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 17.11.2008 beraten; am 04.02.2009 hat eine Besichtigungsfahrt zu Einrichtungen in Erlenbach und Sulzbach stattgefunden.

Bürgermeister Dotzel machte deutlich, daß die Stadt mehrere grundlegende Entscheidungen zu folgenden Fragestellungen treffen muß:

- Ansiedlung der Arbeit an der Hauptschule oder hiervon getrennt
- Umfang des Angebots
- Personelle Ausstattung
- Standortwahl

Die Verwaltung hält anders als die Leitung der OGS eine Trennung der Offenen Jugendarbeit von der Volksschule für sinnvoll, da Sozialarbeit an Schulen als staatliche Aufgabe auch staatlich finanziert werden muß. Zudem kann durch eine eigenständige Arbeit ein größerer Personenkreis angesprochen werden. Als Einstieg schlägt die Verwaltung ein wöchentlich dreimaliges abendliches Angebot und die Schaffung einer 0,5-Stelle vor. Angesichts möglicher Beeinträchtigungen der Nachbarschaft wurden mehrere mögliche Standorte insbesondere in gewerblich genutzten Umfeldern ermittelt und den Ausschußmitgliedern vorgestellt; dabei kommt grundsätzlich sowohl einer Verwendung der in der Kindertagesstätte „Rasselbande“ nicht mehr verwendeten Container als auch eine Anmietung gewerblicher Leerstände in Betracht.

Im Ausschuß bestand Übereinstimmung, daß eine räumliche Nähe des neuen Jugendtreffs zur Schule wegen einer möglichen Mitnutzung schulischer Einrichtungen sinnvoll wäre, aber nicht das allein ausschlaggebende Kriterium der Standortwahl sein sollte. Die Verwaltung wurde deshalb beauftragt, folgende Standortoptionen vertieft zu überprüfen:

- Anmietung von Räumen in der ehemaligen Kleiderfabrik Wiesmann
- Anmietung einer Teilfläche des Lagerplatzes der Fa. Udo Wolfstädter in der Presentstraße
- Anmietung von Räumen in den Objekten Keltenstraße 5 oder Presentstraße 18
- Anmietung von Räumen im Bereich des Betonwerks Diephaus (Bergstraße)

Darüberhinaus beauftragte der Ausschuß die Verwaltung, die Kosten für die Umsetzung der Container an einen neuen Standort eine fundierte Kostenberechnung zu erstellen.

Die inhaltlichen und konzeptionellen Aspekte der Jugendarbeit sollen zunächst fraktionsintern beraten und dann in der nächsten Ausschußsitzung vertieft werden.

## 2. Überarbeitung der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit

In seiner Sitzung vom 18.02.2009 hatte der Stadtrat den Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales beauftragt, die Richtlinien der Stadt zur Förderung der Jugendarbeit zu beraten und bei Bedarf fortzuschreiben. Die geltenden Richtlinien aus dem Jahr 2004 waren den Ausschußmitgliedern mit der Einladung zur Sitzung zugestellt worden.

Anpassungsbedarf dürfte sowohl im Bereich der Fördertatbestände als auch für die Höchstfördersummen bestehen. Stadtrat Wetzel regte an, den Austausch mit der Partnerstadt Honfleur künftig ebenfalls zu bezuschussen. Musikinstrumente und Sportgeräte sollen seiner Meinung nach eine erhöhte Förderung erfahren, da sie langlebige Güter seien, die nur selten angeschafft werden. Die Schwelle von 50 Jugendlichen für einen erhöhten Fördersatz solle verändert werden, da nicht alle Vereine diesen Wert erreichen können; schließlich solle im Bereich der musikalischen Jugenderziehung eine Gleichstellung selbständiger Musikpädagogen mit den Musikschulen herbeigeführt werden.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales beauftragte die Verwaltung, zur Vorbereitung der weiteren Beratung die Richtlinien vergleichbarer Gemeinden im Landkreis zu beschaffen.

## 3. Tätigkeit des Maria-Schiegl-Fonds

Seit einigen Jahren verwaltet die Stadt den sog. Maria-Schiegl-Fonds, der aus dem Nachlaß von Frau Maria Schiegl gebildet worden ist. Nach dem Willen der Stifterin soll damit Personen in sozialen Notsituationen geholfen werden.

Es wurde vereinbart, daß die Stadtkämmerei in der nächsten Stadtratssitzung einen Tätigkeitsbericht über die bisherige Arbeit und die Verwendung der Fondsmittel erstattet.

## 4. Übernahme des Kettenschleppschiffs „Määhkuh“

Die Stadt Aschaffenburg hat angefragt, ob die Stadt Würth bereit wäre, das Kettenschleppschiff „Määhkuh“ in ihr Eigentum zu übernehmen und als Außenstelle des Schifffahrts- und Schifffbaumuseums zu präsentieren. Es handelt sich um eines von insgesamt nur 8 baugleichen Kettenschiffen, die ab dem Jahr 1900 gebaut wurden und das letzte Exemplar in Bayern. Es ist ca. 50 m lang und 6,4 m breit. Der Originalzustand ist jedoch infolge erheblicher Um- und Anbauten der letzten Jahrzehnte kaum noch erkennbar.

Eine intensive Inspektion auf der Schiffswerft Erlenbach hat ergeben, daß für die Reparatur der stark beschädigten Spanten und des Unterbodens ein Aufwand von ca. 150.000 € entstehen würde. Der gleiche Betrag wäre für einen Rückbau des Schiffes in den ursprünglichen Zustand zu veranschlagen.

Angesichts dieser Umstände beschloß der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales, auf eine Übernahme des Schiffes trotz seiner unbestreitbaren historischen Bedeutung zu verzichten, da die Stadt ganz offensichtlich nicht in der Lage ist, angesichts dringender Pflichten die finanziellen Mittel für die Reparatur des Schiffes aufzubringen.

## 5. Teilnahme am Projekt „Stolpersteine“

Die Verwaltung hat angeregt, über eine Teilnahme der Stadt am Projekt „Stolpersteine“ nachzudenken. Die Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig. Mit diesen Mahnmalen soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die von den Nationalsozialisten ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Selbstmord getrieben wurden. Die Stolpersteine sind kubische Betonsteine mit einer Kantenlänge von zehn Zentimetern, auf deren Oberseite eine individuell beschriftete Messingplatte angebracht ist. Sie werden vor den ehemaligen Wohnhäusern der NS-Opfer niveaugleich in das Pflaster des Gehweges eingelassen.

Seit 1995 hat Gunter Demnig rund 17.000 Steine in etwa 350 Städten und Gemeinden in Deutschland, Österreich und anderen europäischen Ländern gesetzt. Finanziert werden die Stolpersteine durch Spenden, Sammlungen und Patenschaften von einzelnen Bürgern, Zeitzeugen, Schulklassen, Berufsgruppen und Kommunen. Ein Stein kostet 95 Euro.

In einigen Städten ist die Verlegung von Stolpersteinen von politischer Seite abgelehnt worden. Insbesondere wird kritisiert, daß die Steine bodengleich eingelassen sind und auf denen mit Füßen „herumgetreten“ werde. Auch Hausbesitzer befürchten einen Wertverlust ihrer Anwesen.

In Wörth wären ca. 6 frühere jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger aus drei Familien betroffen. Eines der betroffenen Wohnhäuser ist mittlerweile in Privatbesitz, ein weiteres Grundstück ist derzeit nicht bebaut.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales stimmte der Teilnahme am Projekt „Stolpersteine“ grundsätzlich zu. Die sechs Steine sollen jedoch gemeinschaftlich vor dem Bürgerhaus verlegt werden.

## **6. Fortführung/Einstellung des Discobusses**

Die Fahrgastzahlen des mit den Nachbarstädten Klingenberg und Erlenbach betriebenen Discobusses sind seit 6 Jahren kontinuierlich rückläufig. In der Saison 2007/2008 sind nur noch 342 Fahrgäste gezählt worden. Der Höchststand lag bei etwa 2.500 Fahrgästen. Dem entsprechend hat sich das Defizit auf ca. 2.500 €/a nach oben entwickelt. Dieser Sachverhalt ist auch bei anderen Discobussen festzustellen. So hat die Gemeinde Niedernberg ihren Discobus bereits eingestellt. Die Stadt Klingenberg hat angefragt, ob das Angebot aufrechterhalten werden soll.

In seiner Sitzung vom 29.10.2008 hatte der Haupt- und Finanzausschuß beschlossen, den Discobus zunächst bis ca. Mai 2009 weiterzuführen. Bis dahin soll der BKSA der Stadt die Ursachen dieser Entwicklung erforschen.

Mittlerweile liegt die Abrechnung für die Saison 2008/2009 vor. Insgesamt wurden noch drei Fahrten nach Niedernberg mit insgesamt 249 Fahrgästen durchgeführt. Das Gesamtdefizit beläuft sich auf 902,00 €, von denen die Stadt Wörth einen Anteil von 205,95 € zu tragen hat.

Angesichts dieses geringen Betrags sprach sich der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales für die Weiterführung des Discobusses auch in der nächsten Saison aus.

## **7. Anfragen**

Stadträtin Zethner regte an, die Leitung der OGS um Vorstellung ihres pädagogischen Konzepts im Ausschuß zu bitten. Dem soll gefolgt werden.

Wörth a. Main, den 27.05.2009

Dotzel  
Erster Bürgermeister

A. Englert  
Protokollführer